

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu der in Rom am 28. November 1979 angenommenen Fassung
des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens

A. Zielsetzung

Das Internationale Pflanzenschutzabkommen vom 6. Dezember 1951 hat sich als ein wertvolles Instrument für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und hier insbesondere der Pflanzenbeschau erwiesen. Im Laufe der Jahrzehnte ergab sich allerdings ein Bedürfnis, das Übereinkommen in seinem Inhalt den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Weiterentwicklungen anzupassen. Im Zuge der Novellierung wurde es unter Einbeziehung redaktioneller Verbesserungen neu gefaßt.

B. Lösung

Damit die revidierte Fassung des Übereinkommens generell sowie speziell für die Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich wird, bedarf es nach seinem Artikel XIII Abs. 4 generell der Annahme von zwei Dritteln der Vertragsparteien sowie speziell der Annahme durch die Bundesrepublik Deutschland. Diese Annahme setzt ein Vertragsgesetz voraus.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Durch dieses Gesetz entstehen Bund, Ländern und Gemeinden keine zusätzlichen Kosten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (411) – 721 03 – Pf 28/84

Bonn, den 30. August 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu der in Rom am 28. November 1979 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Der Bundesrat hat in seiner 534. Sitzung am 6. April 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus der Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigelegten Gegenäußerung dargelegt.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu der in Rom am 28. November 1979 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Rom am 28. November 1979 von der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens vom 6. Dezember 1951 (bisherige Fassung mit der Bezeichnung „Internationales Pflanzenschutzabkommen“ – BGBl. 1956 II S. 947) wird zugestimmt. Das Übereinkommen in seiner neuen Fassung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Inhalt von Änderungen des Übereinkommens nach seinem Artikel XIII Abs. 4 Satz 1, die sich im Rahmen der Ziele

des Übereinkommens halten, im Geltungsbereich dieses Gesetzes in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen in seiner neuen Fassung nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen in der neuen Fassung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Übereinkommen in der geänderten Fassung Vorschriften über das Verfahren der Landesverwaltung enthält.

Zu Artikel 2

Die Ermächtigung ist vorgesehen, um im Falle künftiger Änderungen des Übereinkommens das Verfahren der Umsetzung zu vereinfachen. Für eine Änderung, die für die Vertragsparteien neue Verpflichtungen mit sich bringt, ist deren Annahme durch die Vertragsparteien erforderlich (Artikel XIII Abs. 4 Satz 2). Andere Änderungen sind mit einer Zweidrittelmehrheit möglich (Artikel XIII Abs. 4 Satz 1). Solche Änderungen können insbesondere die in der Anlage genau festgelegten Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses und eines pflanzensanitären Weiterversendungszeugnisses betreffen. Es ist davon auszugehen, daß eine Vertragsänderung nach Artikel XIII Abs. 4 Satz 1 die wesentlichen Strukturelemente des Pflanzenschutzübereinkommens unberührt läßt.

Zu Artikel 3

Die neue Fassung des Übereinkommens soll – wie die bisherige Fassung – auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die neue Fassung des Übereinkommens nach ihrem Artikel XIII Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch dieses Gesetz nicht mit Kosten belastet.

Preise

Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
vom 6. Dezember 1951,
revidiert in Rom am 28. November 1979

International Plant Protection Convention
of 6 December 1951,
as revised at Rome on 28 November 1979

Convention internationale pour la protection des végétaux
du 6 décembre 1951
révisée à Rome le 28 novembre 1979

(Übersetzung)

Preamble

The contracting parties, recognizing the usefulness of international co-operation in controlling pests of plants and plant products and in preventing their spread, and especially their introduction across national boundaries, and desiring to ensure close co-ordination of measures directed to these ends, have agreed as follows:

Préambule

Les parties contractantes, reconnaissant l'utilité d'une coopération internationale en matière de lutte contre les ennemis des végétaux et produits végétaux et contre leur diffusion et spécialement leur introduction au-delà des frontières nationales, désireuses d'assurer une étroite coordination des mesures visant à ces fins, sont convenues de ce qui suit:

Präambel

Die Vertragsparteien – in Erkenntnis der Nützlichkeit internationaler Zusammenarbeit beim Kampf gegen Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse und gegen ihre Verbreitung, insbesondere ihre Einschleppung über die Grenzen der einzelnen Staaten hinweg, sowie in dem Wunsch, eine enge Koordination der hierauf gerichteten Maßnahmen zu gewährleisten – haben folgendes vereinbart:

Article I

Purpose and Responsibility

1. With the purpose of securing common and effective action to prevent the spread and introduction of pests of plants and plant products and to promote measures for their control, the contracting parties undertake to adopt the legislative, technical and administrative measures specified in this Convention and in supplementary agreements pursuant to Article III.

2. Each contracting party shall assume responsibility for the fulfilment within its territories of all requirements under this Convention.

Article I

Objet et obligations

1. En vue d'assurer une action commune et efficace contre la diffusion et l'introduction des ennemis des végétaux et produits végétaux et en vue de promouvoir l'adoption de mesures à cet effet, les parties contractantes s'engagent à prendre les mesures législatives, techniques et réglementaires spécifiées dans la présente Convention et dans les accords complémentaires adoptés par les parties contractantes en vertu de l'article III.

2. Chaque partie contractante s'engage à veiller, sur son territoire, à l'application des mesures prescrites par la présente Convention.

Artikel I

Ziel und Verpflichtungen

(1) Um ein gemeinsames und wirkungsvolles Vorgehen gegen die Verbreitung und Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sicherzustellen und die Einführung von Bekämpfungsmaßnahmen zu fördern, verpflichten sich die Vertragsparteien, die gesetzgeberischen, technischen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die in diesem Übereinkommen und in den von den Vertragsparteien auf Grund des Artikels III angenommenen Ergänzungsübereinkommen näher bezeichnet sind.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihrem Hoheitsgebiet dafür zu sorgen, daß die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Maßnahmen durchgeführt werden.

Article II

Scope

1. For the purpose of this Convention the term "plants" shall comprise living plants and parts thereof, including seeds in so far as the supervision of their importation under Article VI of the Convention or the issue of phytosanitary certificates in respect of them under Articles IV (1) (a) (iv) and V of this Convention may be deemed necessary by contracting parties; and the term "plant products" shall comprise unmanufactured material of

Article II

Champ d'application

1. Dans la présente Convention, le terme «végétaux» désigne les plantes vivantes et parties de plantes vivantes, y compris les semences dont les parties contractantes jugent nécessaire de contrôler l'importation en vertu de l'article VI de la présente Convention ou de certifier l'état phytosanitaire en vertu de l'article IV, paragraphe 1, alinéa (a), sous-alinéa (iv), et de l'article V de la présente Convention; le terme «produits végétaux»

Artikel II

Anwendungsbereich

(1) In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Pflanzen“ lebende Pflanzen und Teile lebender Pflanzen einschließlich derjenigen Sämereien, bezüglich deren die Vertragsparteien die Einfuhrüberwachung nach Artikel VI oder die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen nach Artikel IV Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv und Artikel V für erforderlich halten; der Ausdruck „Pflanzenerzeugnisse“ bezeichnet die nicht

plant origin (including seeds in so far as they are not included in the term "plants") and those manufactured products which, by their nature or that of their processing, may create a risk for the spread of pests.

2. For the purposes of this Convention, the term "pest" means any form of plant or animal life, or any pathogenic agent, injurious or potentially injurious to plants or plant products; and the term "quarantine pest" means a pest of potential national economic importance to the country endangered thereby and not yet present there, or present but not widely distributed and being actively controlled.

3. Where appropriate, the provisions of this Convention may be deemed by contracting parties to extend to storage places, conveyances, containers and any other object or material capable of harbouring or spreading plant pests, particularly where international transportation is involved.

4. This Convention applies mainly to quarantine pests involved with international trade.

5. The definitions set forth in this Article, being limited to the application of this Convention, shall not be deemed to affect definitions established under domestic laws or regulations of contracting parties.

Article III

Supplementary Agreements

1. Supplementary agreements applicable to specific regions, to specific pests, to specific plants and plant products, to specific methods of international transportation of plants and plant products, or otherwise supplementing the provisions of this Convention, may be proposed by the Food and Agriculture Organization of the United Nations (hereinafter referred to as "FAO") on the recommendation of a contracting party or on its own initiative, to meet special problems of plant protection which need particular attention or action.

2. Any such supplementary agreements shall come into force for each contracting

désigne les produits non manufacturés d'origine végétale (y compris les semences non visées par la définition du terme «végétaux»), ainsi que les produits manufacturés qui, étant donné leur nature ou celle de leur transformation, peuvent constituer un risque de diffusion des ennemis des végétaux et produits végétaux.

2. Aux fins de la présente Convention, le terme «ennemis» désigne toute forme de vie végétale ou animale, ainsi que tout agent pathogène, nuisible ou potentiellement nuisible aux végétaux ou aux produits végétaux, et l'expression «ennemis visés par la réglementation phytosanitaire» désigne un ennemi qui a une importance potentielle pour l'économie nationale du pays exposé et qui n'est pas encore présent dans ce pays ou bien qui s'y trouve déjà, mais qui n'est pas largement diffusé et qui est activement combattu.

3. Selon les nécessités, les dispositions de la présente Convention peuvent également s'appliquer, si les parties contractantes le jugent utile, aux entrepôts, moyens de transport, conteneurs et autres objets ou matériels de toute nature susceptibles d'abriter ou de diffuser des ennemis des végétaux et produits végétaux, en particulier à ceux qui interviennent dans le transport international.

4. La présente Convention s'applique surtout aux ennemis des végétaux visés par la réglementation phytosanitaire qui sont véhiculés par les échanges internationaux.

5. Les définitions données dans cet article étant limitées à l'application de la présente Convention, elles sont réputées ne pas affecter les définitions données dans les lois ou règlements des parties contractantes.

Article III

Accords complémentaires

1. Des accords complémentaires applicables à des régions particulières, à des ennemis déterminés, à des végétaux et produits végétaux spécifiés ou à certains modes de transport international des végétaux et produits végétaux, ou des accords complémentaires tendant d'une autre manière à l'application des dispositions de la présente Convention, peuvent être élaborés par l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (désignée ci-après sous la dénomination de «FAO»), soit sur recommandation d'une partie contractante, soit de sa propre initiative, afin de résoudre, en matière de protection des végétaux, des problèmes spéciaux réclamant une attention ou des solutions particulières.

2. Tout accord complémentaire de cette nature entrera en vigueur, pour chaque

verarbeiteten Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs (einschließlich der Samereien, die nicht unter den Begriff „Pflanzen“ fallen), sowie diejenigen verarbeiteten Erzeugnisse, die ihrer Natur nach oder wegen der Art ihrer Verarbeitung die Gefahr einer Verbreitung von Schadorganismen hervorrufen können.

(2) In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Schadorganismus“ jede Form pflanzlichen oder tierischen Lebens sowie jeden Krankheitserreger, die für Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse schädlich sind oder schädlich sein können; der Ausdruck „Quarantäneschadorganismus“ bezeichnet einen Schadorganismus von potentieller Bedeutung für die Volkswirtschaft des durch ihn gefährdeten Landes, der in diesem Land noch nicht vorkommt oder zwar schon vorkommt, aber nicht weit verbreitet ist und tatkräftig bekämpft wird.

(3) Dieses Übereinkommen kann erforderlichenfalls, wenn es die Vertragsparteien für zweckmäßig halten, auch auf Lager, Beförderungsmittel, Behälter und andere Gegenstände oder anderes Material aller Art Anwendung finden, die Schadorganismen der Pflanzen beherbergen oder verbreiten können, insbesondere auf diejenigen, die beim internationalen Transport verwendet werden.

(4) Dieses Übereinkommen findet vor allem auf Quarantäneschadorganismen Anwendung, die durch den internationalen Handelsverkehr übertragen werden.

(5) Die Begriffsbestimmungen in diesem Artikel sind auf die Anwendung dieses Übereinkommens beschränkt; sie werden nicht angesehen, als berührten sie die Begriffsbestimmungen in Gesetzen oder sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien.

Artikel III

Ergänzungsübereinkommen

(1) Ergänzungsübereinkommen, die auf bestimmte Gebiete, auf bestimmte Schadorganismen, auf bestimmte Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, auf bestimmte Arten des internationalen Transports von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen Anwendung finden, oder Ergänzungsübereinkommen, die in anderer Weise auf die Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens gerichtet sind, können von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (im folgenden als „FAO“ bezeichnet) entweder auf Empfehlung einer Vertragspartei oder aus eigener Initiative ausgearbeitet werden, um bestimmte Probleme des Pflanzenschutzes zu lösen, die besondere Aufmerksamkeit oder besondere Maßnahmen erfordern.

(2) Jedes derartige Ergänzungsübereinkommen tritt für jede Vertragspartei in

party after acceptance in accordance with the provisions of the FAO Constitution and General Rules of the Organization.

Article IV

National Organization for Plant Protection

1. Each contracting party shall make provision, as soon as possible and to the best of its ability, for

(a) an official plant protection organization with the following main functions:

(i) the inspection of growing plants, of areas under cultivation (including fields, plantations, nurseries, gardens and greenhouses), and of plants and plant products in storage or in transportation, particularly with the object of reporting the existence, outbreak and spread of plant pests and of controlling those pests;

(ii) the inspection of consignments of plants and plant products moving in international traffic, and, where appropriate, the inspection of consignments of other articles or commodities moving in international traffic under conditions where they may act incidentally as carriers of pests of plants and plant products, and the inspection and supervision of storage and transportation facilities of all kinds involved in international traffic whether of plants and plant products or of other commodities, particularly with the object of preventing the dissemination across national boundaries of pests of plants and plant products;

(iii) the disinfestation or disinfection of consignments of plants and plant products moving in international traffic, and their containers (including packing material or matter of any kind accompanying plants or plant products), storage places, or transportation facilities of all kinds employed;

(iv) the issuance of certificates relating to phytosanitary condition and origin of consignments of plants and

partie contractante, après avoir été accepté conformément aux dispositions de l'Acte constitutif de la FAO et du Règlement général de l'Organisation.

Article IV

Organisation nationale de la protection des végétaux

1. Chaque partie contractante s'engage à prendre les dispositions nécessaires pour mettre en place, dans le plus bref délai, et dans la mesure de ses possibilités:

a) une organisation officielle de la protection des végétaux, principalement chargée:

i) de l'inspection des végétaux sur pied, des terres cultivées (y compris les champs, les plantations, les pépinières et les serres) et des végétaux et produits végétaux emmagasinés ou en cours de transport, en vue particulièrement de signaler l'existence, l'apparition et la propagation des ennemis des végétaux et de lutter contre ces ennemis;

ii) de l'inspection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l'objet d'échanges internationaux et, selon les nécessités, de l'inspection d'autres articles ou produits transportés faisant l'objet d'échanges internationaux dans des conditions telles qu'ils peuvent être occasionnellement les véhicules d'ennemis des végétaux et produits végétaux, de l'inspection et de la surveillance des installations d'emmagasinage et des moyens de transport de tout ordre intervenant dans les échanges internationaux, qu'il s'agisse de végétaux et produits végétaux ou d'autres produits, en vue particulièrement d'empêcher la propagation des ennemis des végétaux et produits végétaux au-delà des frontières nationales;

iii) de la désinfestation ou de la désinfection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l'objet d'échanges internationaux, ainsi que des conteneurs (y compris les matériaux d'emballage ou matériels de toute nature accompagnant les végétaux et produits végétaux), des installations d'emmagasinage et moyens de transport de tout ordre qui sont utilisés;

iv) de la délivrance de certificats concernant l'état phytosanitaire et la provenance des envois de végétaux et produits végétaux

Kraft, nachdem es nach Maßgabe der Satzung der FAO und der Geschäftsordnung der Organisation angenommen worden ist.

Artikel IV

Organisation des Pflanzenschutzes in den einzelnen Staaten

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, innerhalb kürzester Frist und nach bestem Vermögen Vorkehrungen zu treffen für

a) die Einrichtung einer amtlichen Pflanzenschutzorganisation mit folgenden Hauptaufgaben:

i) Untersuchung von Pflanzen während des Wachstums, von bebauten Flächen (einschließlich Felder, Kulturen, Baumschulen, Gärten und Gewächshäuser) sowie von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen, die eingelagert sind oder sich auf dem Transport befinden, insbesondere um Vorhandensein, Auftreten und Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen zu melden und sie zu bekämpfen;

ii) Untersuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Handelsverkehr und erforderlichenfalls Untersuchung von Sendungen sonstiger Artikel oder Waren, die im internationalen Handelsverkehr unter solchen Bedingungen befördert werden, daß sie gelegentlich zu Trägern von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse werden können, sowie Untersuchung und Überwachung von Lagereinrichtungen und Beförderungsmitteln jeder Art, die im internationalen Handelsverkehr benutzt werden, gleichviel, ob es sich um Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse oder sonstige Waren handelt, insbesondere um die Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse über Staatsgrenzen hinweg zu verhindern;

iii) Entwesung oder Entseuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Handelsverkehr sowie der hierbei verwendeten Behälter (einschließlich Verpackungsmaterial oder sonstiges Begleitmaterial jeder Art im Zusammenhang mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen), Lagereinrichtungen und Beförderungsmittel jeder Art;

iv) Ausstellung von Zeugnissen über den Pflanzengesundheitszustand und den Ursprung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzen-

plant products (hereinafter referred to as "phytosanitary certificates");

- (b) the distribution of information within the country regarding the pests of plants and plant products and the means of their prevention and control;
- (c) research and investigation in the field of plant protection.

2. Each contracting party shall submit a description of the scope of its national organization for plant protection and of changes in such organization to the Director-General of FAO, who shall circulate such information to all contracting parties.

Article V

Phytosanitary Certificates

1. Each contracting party shall make arrangements for the issuance of phytosanitary certificates to accord with the plant protection regulations of other contracting parties, and in conformity with the following provisions:

- (a) Inspection shall be carried out and certificates issued only by or under the authority of technically qualified and duly authorized officers and in such circumstances and with such knowledge and information available to those officers that the authorities of importing countries may accept such certificates with confidence as dependable documents.
- (b) Each certificate for the export or re-export of plants or plant products shall be as worded in the Annex to this Convention.
- (c) Uncertified alterations or erasures shall invalidate the certificates.

2. Each contracting party undertakes not to require consignments of plants or plant products imported into its territories to be accompanied by phytosanitary certificates inconsistent with the models set out in the Annex to this Convention. Any requirement for additional declarations shall be kept to a minimum.

Article VI

Requirements in Relation to Imports

1. With the aim of preventing the introduction of pests of plants and plant

(désignés ci-après sous la dénomination de «certificats phytosanitaires»);

- b) la diffusion, sur le plan national, de renseignements sur les ennemis des végétaux et produits végétaux et les moyens de prévention et de lutte;
- c) la recherche et l'enquête dans le domaine de la protection des végétaux.

2. Chaque partie contractante présentera au Directeur général de la FAO un rapport décrivant le champ d'activité de son organisation nationale pour la protection des végétaux et les modifications qui sont apportées à cette organisation; le Directeur général de la FAO communiquera ce dernier à toutes les parties contractantes.

Article V

Certificats phytosanitaires

1. Chaque partie contractante prendra les dispositions nécessaires pour délivrer des certificats phytosanitaires conformes tant à la réglementation sur la protection des végétaux en vigueur chez les autres parties contractantes qu'aux prescriptions suivantes:

- a) L'inspection des envois et la délivrance des certificats phytosanitaires ne pourront être confiées qu'à des agents techniquement compétents et dûment autorisés ou à des personnes placées sous leur autorité directe. Ce personnel devra disposer des connaissances et des renseignements nécessaires et exercer ses fonctions dans des conditions telles que les autorités des pays importateurs puissent accepter les certificats comme des documents dignes de foi.
- b) Les certificats pour l'exportation ou la réexportation des végétaux et produits végétaux devront être libellés conformément aux modèles reproduits en annexe à la présente Convention.
- c) Les corrections ou suppressions non certifiées invalideront les certificats.

2. Chaque partie contractante s'engage à ne pas exiger, pour accompagner les envois de végétaux ou produits végétaux importés dans son territoire, des certificats phytosanitaires non conformes aux modèles reproduits en annexe à la présente Convention. Toutes déclarations supplémentaires exigées seront réduites au minimum.

Article VI

Dispositions concernant les importations

1. Chaque partie contractante a toute autorité pour réglementer l'importation

erzeugnissen (im folgenden als „Pflanzengesundheitszeugnisse“ bezeichnet);

- b) Weitergabe im Inland von Informationen über Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sowie über Vorbeugungs- und Bekämpfungsmittel;
- c) Forschungen und Untersuchungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes.

(2) Jede Vertragspartei legt dem Generaldirektor der FAO einen Bericht über den Tätigkeitsbereich ihrer innerstaatlichen Organisation für Pflanzenschutz und über Veränderungen in dieser Organisation vor; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht sämtlichen Vertragsparteien.

Artikel V

Pflanzengesundheitszeugnisse

(1) Jede Vertragspartei trifft die Maßnahmen, die zur Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen erforderlich sind; diese Zeugnisse müssen den bei den anderen Vertragsparteien geltenden Bestimmungen über Pflanzenschutz sowie den nachstehenden Vorschriften entsprechen:

- a) Die Untersuchung von Sendungen und die Ausstellung von Zeugnissen dürfen nur von fachlich qualifizierten und ordnungsgemäß beauftragten Bediensteten oder von ihnen unmittelbar unterstehenden Personen vorgenommen werden. Dieses Personal muß über die erforderlichen Kenntnisse und Informationen verfügen und seine Aufgaben unter solchen Umständen wahrnehmen, daß die Behörden der Einfuhrstaaten diese Zeugnisse als glaubwürdige Urkunden anerkennen können.
- b) Die Zeugnisse für die Ausfuhr oder Wiederausfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sind nach den in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern abzufassen.
- c) Nicht beglaubigte Änderungen oder Streichungen machen die Zeugnisse ungültig.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, als Begleitpapiere für Sendungen von in ihr Hoheitsgebiet eingeführten Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen keine Pflanzengesundheitszeugnisse zu verlangen, die nicht den in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern entsprechen. Jede Forderung nach Zusatzklärungen ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel VI

Einfuhrbestimmungen

(1) Die Vertragsparteien sind in vollem Umfang befugt, die Einfuhr von Pflanzen

products into their territories, contracting parties shall have full authority to regulate the entry of plants and plant products and to this end, may:

- (a) prescribe restrictions or requirements concerning the importation of plants or plant products;
- (b) prohibit the importation of particular plants or plant products, or of particular consignments of plants or plant products;
- (c) inspect or detain particular consignments of plants or plant products;
- (d) treat, destroy or refuse entry to particular consignments of plants or plant products which do not comply with the requirements prescribed under sub-paragraph (a) or (b) of this paragraph, or require such consignments to be treated or destroyed or removed from the country;
- (e) list pests whose introduction is prohibited or restricted because they are of potential economic importance to the country concerned.

2. In order to minimize interference with international trade, each contracting party undertakes to carry out the provisions referred to in paragraph 1 of this Article in conformity with the following:

- (a) Contracting parties shall not, under their plant protection legislation, take any of the measures specified in paragraph 1 of this Article unless such measures are made necessary by phytosanitary considerations.
- (b) If a contracting party prescribes any restrictions or requirements concerning the importation of plants and plant products into its territories, it shall publish the restrictions or requirements and communicate them immediately to FAO, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member and all other contracting parties directly concerned.
- (c) If a contracting party prohibits, under the provisions of its plant protection legislation, the importation of any plants or plant products, it shall publish its decision with reasons and shall immediately inform FAO, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member and all other contracting parties directly concerned.
- (d) If a contracting party requires consignments of particular plants or plant products to be imported only

des végétaux et des produits végétaux, afin de lutter contre l'introduction de leurs ennemis sur son territoire et, dans ce but, elle peut:

- a) imposer des restrictions ou des conditions à l'importation des végétaux ou produits végétaux;
- b) interdire l'importation de certains végétaux ou produits végétaux ou de certains lots de végétaux ou produits végétaux;
- c) inspecter ou mettre en quarantaine des envois déterminés de végétaux ou produits végétaux;
- d) procéder à la désinfection, à la désinfestation ou à la destruction, ou interdire l'entrée, des envois de végétaux ou de produits végétaux qui ne remplissent pas les conditions visées à l'alinéa (a) ou (b) du présent paragraphe, ou exiger leur désinfection, leur désinfestation, leur destruction ou leur évacuation du pays;
- e) spécifier les ennemis frappés d'interdiction ou de restriction à l'importation parce qu'ils présentent une importance économique potentielle pour le pays intéressé.

2. Afin d'entraver le moins possible le commerce international, chaque partie contractante s'engage à exercer la surveillance visée au paragraphe 1 du présent article, en se conformant aux dispositions suivantes:

- a) Les parties contractantes ne doivent prendre, en vertu de leur réglementation sur la protection des végétaux, aucune des mesures mentionnées au paragraphe 1 du présent article, à moins que celles-ci répondent à des nécessités d'ordre phytosanitaire.
- b) Toute partie contractante qui impose des restrictions ou des conditions à l'importation des végétaux et produits végétaux dans son territoire doit publier lesdites restrictions ou conditions et les communiquer immédiatement à la FAO, à toute organisation régionale de la protection des végétaux à laquelle la partie contractante pourrait appartenir et à toutes les autres parties contractantes directement intéressées.
- c) Toute partie contractante qui interdit, conformément à sa réglementation sur la protection des végétaux, l'importation de végétaux ou produits végétaux doit publier sa décision motivée et en informer immédiatement la FAO, toute organisation régionale de la protection des végétaux à laquelle la partie contractante pourrait appartenir et toutes les autres parties contractantes directement intéressées.
- d) Toute partie contractante qui limite les points d'entrée pour l'importation de certains végétaux ou produits végé-

und Pflanzenerzeugnissen zu regeln, um die Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse in ihr Hoheitsgebiet zu verhindern; zu diesem Zweck können sie

- a) für die Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen Einschränkungen oder Bedingungen vorschreiben;
- b) die Einfuhr bestimmter Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse oder bestimmter Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen verbieten;
- c) bestimmte Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen untersuchen oder unter Quarantäne stellen;
- d) Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen, welche die unter Buchstabe a oder b vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllen, entseuchen, entwesen oder vernichten oder ihre Einfuhr verbieten oder verlangen, daß diese Sendungen entseucht, entweset oder vernichtet oder aus dem Land entfernt werden;
- e) eine Liste der Schadorganismen erstellen, deren Einführung verboten oder eingeschränkt ist, weil sie eine potentielle wirtschaftliche Bedeutung für das betreffende Land haben.

(2) Um den internationalen Handel so wenig wie möglich zu behindern, verpflichtet sich jede Vertragspartei, die in Absatz 1 bezeichnete Überwachung unter Beachtung folgender Bestimmungen auszuführen:

- a) Die Vertragsparteien dürfen auf Grund ihrer Pflanzenschutzvorschriften keine der in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen treffen, sofern diese nicht durch Erfordernisse der Pflanzengesundheit bedingt sind.
- b) Jede Vertragspartei, die für die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen in ihr Hoheitsgebiet Einschränkungen oder Bedingungen vorschreibt, hat diese Einschränkungen und Bedingungen zu veröffentlichen und umgehend der FAO, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie allen anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien mitzuteilen.
- c) Jede Vertragspartei, die im Rahmen ihrer Pflanzenschutzvorschriften die Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen verbietet, hat ihren mit Gründen versehenen Beschluß zu veröffentlichen und die FAO, jede regionale Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie alle anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien umgehend davon zu unterrichten.
- d) Jede Vertragspartei, die bestimmte Grenzübergangsstellen für die Einfuhr einzelner Pflanzen oder Pflanzener-

through specified points of entry, such points shall be so selected as not unnecessarily to impede international commerce. The contracting party shall publish a list of such points of entry and communicate it to FAO, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member and all other contracting parties directly concerned. Such restrictions on points of entry shall not be made unless the plants or plant products concerned are required to be accompanied by phytosanitary certificates or to be submitted to inspection or treatment.

e) Any inspection by the plant protection organization of a contracting party of consignments of plants or plant products offered for importation shall take place as promptly as possible with due regard to the perishability of the plants or plant products concerned. If any commercial or certified consignment of plants or plant products is found not to conform to the requirements of the plant protection legislation of the importing country, the plant protection organization of the importing country must ensure that the plant protection organization of the exporting country is properly and adequately informed. If the consignment is destroyed, in whole or in part, an official report shall be forwarded immediately to the plant protection organization of the exporting country.

f) Contracting parties shall make provisions which, without endangering their own plant production, will keep certification requirements to a minimum, particularly for plants or plant products not intended for planting, such as cereals, fruits, vegetables and cut flowers.

g) Contracting parties may make provisions, with adequate safeguards, for the importation for purposes of scientific research or education, of plants and plant products and of specimens of plant pests. Adequate safeguards likewise need to be taken when introducing biological control agents and organisms claimed to be beneficial.

3. The measures specified in this Article shall not be applied to goods in transit throughout the territories of contracting parties unless such measures are necessary for the protection of their own plants.

4. FAO shall disseminate information received on importation restrictions,

taux doit choisir lesdits points de manière à ne pas entraver sans nécessité le commerce international. La partie contractante doit publier une liste de ces derniers et la communiquer à la FAO, à toute organisation régionale de la protection des végétaux à laquelle la partie contractante pourrait appartenir et à toutes les autres parties contractantes directement intéressées. Toute restriction de cet ordre ne sera autorisée que si les végétaux ou produits végétaux en cause doivent être accompagnés de certificats phytosanitaires ou soumis à une inspection ou à un traitement.

e) L'inspection, par l'organisation de protection des végétaux d'une partie contractante, des envois de végétaux ou produits végétaux destinés à l'importation doit s'effectuer dans le plus bref délai possible, en tenant dûment compte de la nature périssable de ces végétaux ou produits végétaux. Si un envoi commercial ou certifié de végétaux ou produits végétaux est reconnu non conforme aux exigences de législation phytosanitaire du pays importateur, l'organisation de la protection des végétaux du pays importateur doit veiller à ce que l'organisation de la protection des végétaux du pays exportateur en soit dûment informée. Si l'envoi est détruit en totalité ou en partie, un procès-verbal officiel doit être transmis sans délai à l'organisation de la protection des végétaux du pays exportateur.

f) Les parties contractantes doivent faire en sorte de réduire au minimum, dans la mesure où leur propre production ne s'en trouve pas menacée, leurs exigences en matière de certification, surtout lorsqu'il s'agit de végétaux ou produits végétaux non destinés à la plantation, tels que les céréales, fruits, légumes et fleurs coupées.

g) Les parties contractantes peuvent prendre des dispositions pour importer, aux fins de la recherche scientifique ou à des fins éducatives, des végétaux et produits végétaux et des spécimens de leurs ennemis, en s'entourant des précautions nécessaires. Les précautions nécessaires doivent aussi être prises pour introduire des agents de lutte biologique et des organismes réputés bénéfiques.

3. Les dispositions du présent article ne sont pas applicables au transit à travers le territoire des parties contractantes, à moins que ces mesures ne soient nécessaires à la protection de leurs propres végétaux.

4. La FAO communiquera à intervalles fréquents à toutes les parties contractan-

zeugnisse vorschreibt, hat diese Stellen so auszuwählen, daß der internationale Handel nicht unnötig behindert wird. Die Vertragspartei hat ein Verzeichnis dieser Grenzübergangsstellen zu veröffentlichen und der FAO, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie allen anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien mitzuteilen. Solche Einschränkungen sind nur zulässig, wenn die betreffenden Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse von Pflanzengesundheitszeugnissen begleitet sein müssen oder wenn sie einer Untersuchung oder Behandlung zu unterziehen sind.

e) Die durch die Pflanzenschutzorganisation einer Vertragspartei vorzunehmende Untersuchung von Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen, die zur Einfuhr bestimmt sind, hat innerhalb einer möglichst kurzen Frist zu erfolgen; hierbei ist auf die Verderblichkeit dieser Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse gebührend Rücksicht zu nehmen. Wird festgestellt, daß eine kommerzielle oder mit Zeugnissen versehene Sendung von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen nicht den gesetzlichen Pflanzenschutzvorschriften des Einfuhrstaats entspricht, so hat die Pflanzenschutzorganisation des Einfuhrstaats dafür zu sorgen, daß die Pflanzenschutzorganisation des Ausfuhrstaats gebührend unterrichtet wird. Wird die Sendung ganz oder teilweise vernichtet, so ist der Pflanzenschutzorganisation des Ausfuhrstaats unverzüglich ein amtlicher Bericht zu übermitteln.

f) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß ohne Gefährdung ihrer eigenen pflanzlichen Erzeugung ihre Erfordernisse in bezug auf die Zeugnisvorlage auf ein Mindestmaß beschränkt werden, insbesondere für Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse, die nicht als Pflanzmaterial bestimmt sind, wie zum Beispiel Getreide, Obst, Gemüse und Schnittblumen.

g) Die Vertragsparteien können unter Einhaltung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen Vorkehrungen für die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie Proben von Schadorganismen für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung oder der Ausbildung treffen. Die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen müssen gleichfalls bei der Einfuhr von biologischen Bekämpfungsmitteln und von als nützlich geltenden Organismen getroffen werden.

(3) Dieser Artikel findet auf den Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien keine Anwendung, es sei denn, daß diese Maßnahmen zum Schutz ihrer eigenen Pflanzen erforderlich sind.

(4) Die FAO übermittelt in kurzen Abständen allen Vertragsparteien und

requirements, prohibitions and regulations (as specified in paragraph 2 (b), (c) and (d) of this Article) at frequent intervals to all contracting parties and regional plant protection organizations.

Article VII

International Co-operation

The contracting parties shall co-operate with one another to the fullest practicable extent in achieving the aims of this Convention, in particular as follows:

- (a) Each contracting party agrees to co-operate with FAO in the establishment of a world reporting service on plant pests, making full use of the facilities and services of existing organizations for this purpose, and, when this is established, to furnish to FAO periodically, for distribution by FAO to the contracting parties, the following information:
 - (i) reports on the existence, outbreak and spread of economically important pests of plants and plant products which may be of immediate or potential danger;
 - (ii) information on means found to be effective in controlling the pests of plants and plant products.
- (b) Each contracting party shall, as far as is practicable, participate in any special campaigns for combating particular destructive pests which may seriously threaten crop production and need international action to meet the emergencies.

Article VIII

Regional Plant Protection Organizations

1. The contracting parties undertake to co-operate with one another in establishing regional plant protection organizations in appropriate areas.
2. The regional plant protection organizations shall function as the co-ordinating bodies in the areas covered, shall participate in various activities to achieve the objectives of this Convention and, where appropriate, shall gather and disseminate information.

Article IX

Settlement of Disputes

1. If there is any dispute regarding the interpretation or application of this

tes et aux organisations régionales de la protection des végétaux les informations qu'elle aura reçues (en application des paragraphes 2 (b), 2 (c) et 2 (d) du présent article) sur les restrictions, conditions et interdictions à l'importation.

Article VII

Collaboration internationale

Les parties contractantes collaboreront dans toute la mesure du possible à la réalisation des objectifs de la présente Convention, notamment de la manière suivante:

- a) Chaque partie contractante s'engage à collaborer avec la FAO à la mise en place d'un service mondial de renseignements sur les ennemis des végétaux, en utilisant pleinement les possibilités et les services offerts à cet effet par les organisations existantes, et, dès sa mise en place, à fournir périodiquement à la FAO les renseignements ci-après pour qu'elle les distribue aux parties contractantes:
 - i) Des rapports concernant l'existence, l'apparition et la propagation sur son territoire des ennemis des végétaux ou produits végétaux qui sont importants du point de vue économique et qui peuvent présenter un danger immédiat ou potentiel.
 - ii) Des informations sur les méthodes de lutte qui se sont révélées efficaces contre les ennemis des végétaux et produits végétaux.
- b) Chaque partie contractante s'engage, dans toute la mesure du possible, à participer à toute campagne spéciale contre certains ennemis destructeurs qui peuvent menacer sérieusement les récoltes et dont la gravité exige une action internationale.

Article VIII

Organisations régionales de protection des végétaux

1. Les parties contractantes s'engagent à collaborer pour établir, dans les régions appropriées, des organisations régionales pour la protection des végétaux.
2. Ces organisations exerceront un rôle coordonnateur dans les régions de leur compétence, prendront part à différentes activités pour atteindre les objectifs de la présente Convention et, le cas échéant, rassembleront et diffuseront des informations.

Article IX

Règlement des différends

1. En cas de contestation sur l'interprétation ou l'application de la présente

den regionalen Pflanzenschutzorganisationen die bei ihr eingegangenen Informationen (nach Absatz 2 Buchstaben b, c und d) über Einfuhrbeschränkungen, -bedingungen, -verbote und -bestimmungen.

Artikel VII

Internationale Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten so weit wie möglich bei der Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zusammen, insbesondere in folgender Weise:

- a) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, mit der FAO bei der Errichtung eines Weltinformationsdienstes über Schadorganismen der Pflanzen zusammenzuarbeiten, wobei sie sich in vollem Umfang der diesbezüglichen Einrichtungen und Dienste bestehender Organisationen bedient und nach Errichtung dieses Dienstes der FAO zur Verteilung an die Vertragsparteien regelmäßig folgende Informationen zu übermitteln:
 - i) Berichte über Vorhandensein, Auftreten und Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, die wirtschaftlich von Bedeutung sind und eine unmittelbare oder mögliche Gefahr bedeuten können;
 - ii) Informationen über Verfahren, die sich bei der Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse als wirksam erwiesen haben.
- b) Jede Vertragspartei verpflichtet sich zu einer möglichst weitgehenden Beteiligung an jeder besonderen Kampagne zur Bekämpfung besonders gefährlicher Schadorganismen, welche die Pflanzenerzeugung ernstlich bedrohen können und Maßnahmen auf internationaler Ebene erforderlich machen.

Artikel VIII

Regionale Pflanzenschutzorganisationen

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Errichtung regionaler Pflanzenschutzorganisationen in geeigneten Gebieten.
- (2) Die Organisationen nehmen in den ihnen unterstehenden Gebieten Koordinierungsaufgaben wahr, beteiligen sich an verschiedenen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens und sammeln und verbreiten gegebenenfalls Informationen.

Artikel IX

Beilegung von Streitigkeiten

- (1) Ergeben sich Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Über-

Convention, or if a contracting party considers that any action by another contracting party is in conflict with the obligations of the latter under Articles V and VI of this Convention, especially regarding the basis of prohibiting or restricting the imports of plants or plant products coming from its territories, the Government or Governments concerned may request the Director-General of FAO to appoint a committee to consider the question in dispute.

2. The Director-General of FAO shall thereupon, after consultation with the Governments concerned, appoint a committee of experts which shall include representatives of those Governments. This committee shall consider the question in dispute, taking into account all documents and other forms of evidence submitted by the Governments concerned. This committee shall submit a report to the Director-General of FAO, who shall transmit it to the Governments concerned and to the Governments of other contracting parties.

3. The contracting parties agree that the recommendations of such a committee, while not binding in character, will become the basis for renewed consideration by the Governments concerned of the matter out of which the disagreement arose.

4. The Governments concerned shall share equally the expenses of the experts.

Article X

Substitution of Prior Agreements

This Convention shall terminate and replace, between contracting parties, the International Convention respecting measures to be taken against the *Phylloxera vastatrix* of 3 November 1881, the additional Convention signed at Berne on 15 April 1889 and the International Convention for the Protection of Plants signed at Rome on 16 April 1929.

Article XI

Territorial Application

1. Any State may at the time of ratification or adherence or at any time thereafter communicate to the Director-General of FAO a declaration that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible, and this Convention shall be applicable to all territories specified in the declaration as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

2. Any State which has communicated to the Director-General of FAO a

Convention ou bien lorsqu'une partie contractante considère qu'une action entreprise par une autre partie contractante est incompatible avec les obligations qu'imposent à cette dernière les articles V et VI de la présente Convention, particulièrement en ce qui concerne les motifs d'une interdiction ou d'une restriction à l'importation de végétaux ou de produits végétaux provenant de son territoire, le ou les gouvernements intéressés peuvent demander au Directeur général de la FAO de désigner un comité chargé d'examiner le différend.

2. Le Directeur général de la FAO, en consultation avec les gouvernements intéressés, désignera alors un comité d'experts, qui comprendra des représentants desdits gouvernements. Ce comité examinera le différend en tenant compte de tous les documents et éléments probatoires utiles présentés par les gouvernements intéressés. Le comité soumettra un rapport au Directeur général de la FAO, qui le communiquera aux gouvernements intéressés et aux gouvernements des autres parties contractantes.

3. Tout en ne reconnaissant pas aux recommandations de ce comité un caractère obligatoire, les parties contractantes conviendront de les prendre comme base de tout nouvel examen, par les gouvernements intéressés, de la question qui est à l'origine du différend.

4. Les gouvernements intéressés supporteront une part égale des frais de la mission confiée aux experts.

Article X

Substitution aux accords antérieurs

La présente Convention met fin et se substitue, dans les relations entre les parties contractantes, à la Convention internationale phylloxérique du 3 novembre 1881, à la Convention additionnelle de Berne du 15 avril 1889 et à la Convention internationale de Rome du 16 avril 1929 sur la protection des végétaux.

Article XI

Application territoriale

1. Tout Etat peut, à la date de la ratification ou de l'adhésion ou à tout moment après cette date, communiquer au Directeur général de la FAO une déclaration indiquant que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires dont il assure la représentation sur le plan international. Cette décision prendra effet trente jours après réception par le Directeur général de la déclaration portant désignation desdits territoires.

2. Tout Etat qui a transmis au Directeur général de la FAO une déclaration,

einkommens oder ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß eine von einer anderen Vertragspartei getroffene Maßnahme mit den Verpflichtungen unvereinbar ist, die dieser nach den Artikeln V und VI obliegen, insbesondere bezüglich der Gründe eines Verbots oder einer Beschränkung der Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen aus dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei, so kann die beteiligte Regierung oder so können die beteiligten Regierungen den Generaldirektor der FAO ersuchen, einen Ausschuß zur Prüfung der Streitigkeit einzusetzen.

(2) Der Generaldirektor der FAO ernennt daraufhin im Benehmen mit den beteiligten Regierungen einen Sachverständigenausschuß, dem Vertreter dieser Regierungen angehören. Dieser Ausschuß prüft die Streitigkeit unter Berücksichtigung aller von den beteiligten Regierungen vorgelegten sachdienlichen Unterlagen und Beweismittel. Der Ausschuß erstattet dem Generaldirektor der FAO Bericht; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht den beteiligten Regierungen und den Regierungen der anderen Vertragsparteien.

(3) Die Vertragsparteien erkennen zwar den Empfehlungen dieses Ausschusses keinen verbindlichen Charakter zu, vereinbaren aber, daß die beteiligten Regierungen sie jeder neuerlichen Prüfung der Streitfrage zugrunde zu legen haben.

(4) Die beteiligten Regierungen tragen die Kosten, die durch den den Sachverständigen erteilten Auftrag verursacht werden, zu gleichen Teilen.

Artikel X

Ersetzung früherer Übereinkünfte

Dieses Übereinkommen setzt in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien die Internationale Reblaus-Konvention vom 3. November 1881, das Berner Zusatzabkommen vom 15. April 1889 und das Internationale Pflanzenschutzabkommen von Rom vom 16. April 1929 außer Kraft und tritt an ihre Stelle.

Artikel XI

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts oder jederzeit danach dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung übermitteln, daß dieses Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete Anwendung findet, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt; das Übereinkommen tritt mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor für alle darin bezeichneten Hoheitsgebiete in Kraft.

(2) Jeder Staat, der dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung nach Absatz 1

declaration in accordance with paragraph 1 of this Article may at any time communicate a further declaration modifying the scope of any former declaration or terminating the application of the provisions of the present Convention in respect of any territory. Such modification or termination shall take effect as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

3. The Director-General of FAO shall inform all signatory and adhering States of any declaration received under this Article.

Article XII

Ratification and Adherence

1. This Convention shall be open for signature by all States until 1 May 1952 and shall be ratified at the earliest possible date. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of FAO who shall give notice of the date of deposit to each of the signatory States.

2. As soon as this Convention has come into force in accordance with Article XIV, it shall be open for adherence by non-signatory States. Adherence shall be effected by the deposit of an instrument of adherence with the Director-General of FAO, who shall notify all signatory and adhering States.

Article XIII

Amendment

1. Any proposal by a contracting party for the amendment of this Convention shall be communicated to the Director-General of FAO.

2. Any proposed amendment of this Convention received by the Director-General of FAO from a contracting party shall be presented to a regular or special session of the Conference of FAO for approval and, if the amendment involves important technical changes or imposes additional obligations on the contracting parties, it shall be considered by an advisory committee of specialists convened by FAO prior to the Conference.

3. Notice of any proposed amendment of this Convention shall be transmitted to the contracting parties by the Director-General of FAO not later than the time when the agenda of the session of the Conference at which the matter is to be considered is dispatched.

4. Any such proposed amendment of this Convention shall require the approval of the Conference of FAO and shall come into force as from the thirtieth day after acceptance by two-thirds of the contracting parties. Amendments involving new obligations for contracting parties, however, shall come into force in

conformément au paragraphe 1 du présent article, peut à tout moment communiquer une nouvelle déclaration modifiant la portée d'une déclaration précédente, ou mettant fin à l'application des dispositions de la présente Convention dans n'importe quel territoire. Cette déclaration prendra effet trente jours après la date de sa réception par le Directeur général.

3. Le Directeur général de la FAO informera tous les Etats signataires ou adhérents des déclarations qu'il aura reçues par application du présent article.

Article XII

Ratification et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats jusqu'au 1^{er} mai 1952, et sera ratifiée le plus tôt possible. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général de la FAO qui avisera chaque Etat signataire de la date de ce dépôt.

2. Les Etats qui n'ont pas signé la présente Convention seront admis à y adhérer dès qu'elle sera entrée en vigueur conformément à l'article XIV. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Directeur général de la FAO, qui en avisera chacun des Etats signataires et adhérents.

Article XIII

Amendement

1. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par une partie contractante doit être communiquée au Directeur général de la FAO.

2. Toute proposition d'amendement introduite par une partie contractante et reçue par le Directeur général de la FAO doit être soumise pour approbation à la Conférence de la FAO, réunie en session ordinaire ou spéciale; si l'amendement implique d'importantes modifications d'ordre technique ou impose de nouvelles obligations aux parties contractantes, il sera étudié par un comité consultatif d'experts convoqué par la FAO avant la Conférence.

3. Toute proposition d'amendement sera notifiée aux parties contractantes par le Directeur général de la FAO, au plus tard à la date de l'envoi de l'ordre du jour de la session de la Conférence où doit être examinée cette proposition.

4. Toute proposition d'amendement doit être adoptée par la Conférence de la FAO et prend effet à compter du trentième jour qui suit son acceptation par les deux tiers des parties contractantes. Toutefois, les amendements qui impliquent de nouvelles obligations à la charge des parties contractantes ne prennent effet, vis-à-vis

übermittelt hat, kann jederzeit eine neue Erklärung übermitteln, durch die der Geltungsbereich einer früheren Erklärung geändert oder die Anwendung des Übereinkommens auf ein bestimmtes Hoheitsgebiet beendet wird. Die Änderung oder die Beendigung der Anwendung wird mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor wirksam.

(3) Der Generaldirektor der FAO unterrichtet alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten von den nach diesem Artikel eingegangenen Erklärungen.

Artikel XII

Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten bis zum 1. Mai 1952 zur Unterzeichnung auf; es ist so bald wie möglich zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten vom Zeitpunkt der Hinterlegung.

(2) Die Staaten, welche dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm nach seinem Inkrafttreten gemäß Artikel XIV beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der FAO; dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten.

Artikel XIII

Änderung

(1) Jeder Änderungsvorschlag einer Vertragspartei zu diesem Übereinkommen wird dem Generaldirektor der FAO übermittelt.

(2) Jeder Änderungsvorschlag, den eine Vertragspartei beim Generaldirektor der FAO einbringt, wird einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Konferenz der FAO zur Genehmigung vorgelegt; werden mit einem Antrag wichtige Änderungen technischer Art vorgeschlagen oder legt er den Vertragsparteien zusätzliche Verpflichtungen auf, so wird er von einem beratenden Sachverständigenausschuß geprüft, der von der FAO vor der Konferenz einberufen wird.

(3) Jeder Änderungsvorschlag wird den Vertragsparteien spätestens mit der Übersendung der Tagesordnung der Tagung der Konferenz, auf der dieser Vorschlag geprüft werden soll, durch den Generaldirektor der FAO bekanntgegeben.

(4) Jeder Änderungsvorschlag bedarf der Zustimmung der Konferenz der FAO; die Änderung tritt mit dem dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragsparteien in Kraft. Änderungen, die neue Verpflichtungen der Vertragsparteien mit sich bringen, treten jedoch für jede Vertragspartei erst in Kraft, nach-

respect of each contracting party only on acceptance by it and as from the thirtieth day after such acceptance.

5. The instruments of acceptance of amendments involving new obligations shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall inform all contracting parties of the receipt of acceptances and the entry into force of amendments.

Article XIV **Entry into Force**

As soon as this Convention has been ratified by three signatory States it shall come into force between them. It shall come into force for each State ratifying or adhering thereafter from the date of deposit of its instrument of ratification or adherence.

Article XV **Denunciation**

1. Any contracting party may at any time give notice of denunciation of this Convention by notification addressed to the Director-General of FAO. The Director-General shall at once inform all signatory and adhering States.

2. Denunciation shall take effect one year from the date of receipt of the notification by the Director-General of FAO.

de chaque partie contractante, qu'après avoir été acceptés par elle et à compter du trentième jour qui suit cette acceptation.

5. Les instruments d'acceptation des amendements qui impliquent de nouvelles obligations doivent être déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui informera toutes les parties contractantes de la réception desdits instruments et de l'entrée en vigueur desdits amendements.

Article XIV **Entrée en vigueur**

La présente Convention entrera en vigueur entre les parties lorsque trois Etats signataires l'auront ratifiée. Elle entrera en vigueur pour les autres Etats à la date du dépôt de leur instrument de ratification ou d'adhésion.

Article XV **Dénonciations**

1. Chacune des parties contractantes peut à tout moment faire savoir qu'elle dénonce la présente Convention par notification adressée au Directeur général de la FAO. Le Directeur général en informera immédiatement tous les Etats signataires ou adhérents.

2. La dénonciation ne produira ses effets qu'un an après la date de réception de la notification par le Directeur général de la FAO.

dem sie von ihr angenommen worden sind, und zwar mit dem dreißigsten Tag nach dieser Annahme.

(5) Die Urkunden über die Annahme von Änderungen, die neue Verpflichtungen mit sich bringen, werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser setzt alle Vertragsparteien vom Eingang der Annahmearkunden und vom Inkrafttreten der Änderungen in Kenntnis.

Artikel XIV **Inkrafttreten**

Sobald dieses Übereinkommen von drei Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist, tritt es zwischen ihnen in Kraft. Für die anderen Staaten tritt es mit Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XV **Kündigung**

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generaldirektor der FAO gerichtete Notifikation jederzeit kündigen. Der Generaldirektor setzt alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten hiervon sofort in Kenntnis.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generaldirektor der FAO wirksam.

Annex

Model Phytosanitary Certificate
(to be typed or printed in block letters)

Plant Protection Organization No.
 of
 To: Plant Protection Organization(s)
 of

Description of Consignment

Name and address of exporter
 Declared name and address of consignee
 Number and description of packages
 Distinguishing marks
 Place of origin
 Declared means of conveyance
 Declared point of entry
 Name of produce and quantity declared
 Botanical name of plants

This is to certify that the plants or plant products described above have been inspected according to appropriate procedures and are considered to be free from quarantine pests, and practically free from other injurious pests; and that they are considered to conform with the current phytosanitary regulations of the importing country.

Disinfestation and/or Disinfection Treatment

Date Treatment
 Chemical (active ingredient)
 Duration and temperature
 Concentration
 Additional information

Additional declaration:

Place of issue Name of authorized officer
 Date

(Stamp of Organization)

(Signature)

No financial liability with respect to this Certificate shall attach to
 or to any of its officers or representatives. *)

(name of Plant Protection Organization)

*) Optional clause.

Modèle de certificat phytosanitaire
(prière d'écrire à la machine ou en caractères d'imprimerie)

Organisation de la protection des végétaux N°
de
A: Organisation(s) de la protection des végétaux
de

Description de l'envoi

Nom et adresse de l'expéditeur
Nom et adresse déclarés du destinataire
Nombre et nature des colis
Marques des colis
Lieu d'origine
Moyen de transport déclaré
Point d'entrée déclaré
Nom du produit et quantité déclarée
Nom botanique des plantes

Il est certifié que les végétaux ou produits végétaux décrits ci-dessus ont été inspectés et trouvés indemnes d'ennemis visés par la réglementation phytosanitaire et pratiquement indemnes d'autres ennemis dangereux et qu'ils sont jugés conformes à la réglementation phytosanitaire en vigueur dans le pays importateur.

Traitement de désinfestation et/ou de désinfection

Date Traitement
Produit chimique (Matière active)
Durée et température
Concentration
Renseignements complémentaires

Déclaration supplémentaire:

Lieu de délivrance Nom du fonctionnaire autorisé
Date

(Cachet de l'Organisation)

(Signature)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour
ni pour aucun de ses agents ou représentants.*) (nom de l'Organisation pour la protection des végétaux)

*) Clause facultative.

Anlage

Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses
(in Maschinen- oder in Blockschrift auszufüllen)

Pflanzenschutzdienst Nr.

von:

an: Pflanzenschutzdienst(e)

von:

Beschreibung der Sendung

Name und Adresse des Absenders:

Name und Adresse des Empfängers:

Zahl und Beschreibung der Stücke:

Unterscheidungsmerkmale:

Ursprung:

Vorgesehenes Transportmittel:

Vorgesehener Grenzüberschreitungsort:

Name des Erzeugnisses und angegebene Menge:

Botanischer Name der Pflanzen:

Es wird hiermit bescheinigt, daß die oben beschriebenen Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse untersucht und frei von Quarantäne-schadorganismen und praktisch frei von anderen gefährlichen Schadorganismen befunden wurden und daß sie als den bestehenden Pflanzenschutzvorschriften des Bestimmungslandes entsprechend anzusehen sind.

Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: Behandlung:

Chemikalie (Wirkstoff):

Dauer und Temperatur:

Konzentration:

Sonstige Angaben:

Zusätzliche Erklärung:

Ort der Ausstellung: Name des amtlichen Beauftragten:

Datum:

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des
oder seiner Organe übernommen.*) (Name des Pflanzenschutzdienstes)

*) Optionsklausel.

Model Phytosanitary Certificate for Re-export

Plant Protection Organization No.
 of
 (country of re-export)

To: Plant Protection Organization(s)
 of
 (country(ies) of re-export)

Description of Consignment

Name and address of exporter
 Declared name and address of consignee
 Number and description of packages
 Distinguishing marks
 Place of origin
 Declared means of conveyance
 Declared point of entry
 Name of produce and quantity declared
 Botanical name of plants

This is to certify that the plants or plant products described above were imported into (country of re-export)
 from (country of origin) covered by Phytosanitary Certificate No., original ☐ *) certified true copy ☐ *) of
 which is attached to this Certificate. That they are packed ☐ *) repacked ☐ *) in original ☐ *) new ☐ *) containers, that based on the
 original Phytosanitary Certificate ☐ *) and additional inspection ☐ *), they are considered to conform with the current phytosanitary
 regulations of the importing country, and that during storage in (country of re-export) the consignment has not
 been subjected to the risk of infestation or infection.

*) Insert tick in appropriate boxes.

Disinfestation and/or Disinfection Treatment

Date Treatment
 Chemical (active ingredient)
 Duration and temperature
 Concentration
 Additional information

Additional declaration:

Place of issue Name of authorized officer
 Date

(Stamp of Organization)

(Signature)

No financial liability with respect to this Certificate shall attach to
 or to any of its officers or representatives. **)

(name of Plant Protection Organization)

**) Optional clause.

Annexe

Modèle de certificat phytosanitaire pour la réexportation

Organisation de la protection des végétaux N°
 de
 (le pays de réexportation)

A: Organisation(s) de la protection des végétaux
 de
 (le ou les pays de réexportation)

Description de l'envoi

Nom et adresse de l'expéditeur
 Nom et adresse déclarés du destinataire
 Nombre et nature des colis
 Marques des colis
 Lieu d'origine
 Moyen de transport déclaré
 Point d'entrée déclaré
 Nom du produit et quantité déclaré
 Nom botanique des plantes

Il est certifié que les végétaux ou parties de végétaux décrits ci-dessus ont été importés en (pays de réexportation) en provenance de (pays d'origine) et ont fait l'objet du Certificat phytosanitaire N°, dont l'original ☐ *) la copie authentifiée ☐ *) est annexé(e) au présent certificat. Qu'ils sont emballés ☐ *) réemballés ☐ *) dans les emballages initiaux ☐ *) dans de nouveaux emballages ☐ *). Que, d'après le certificat phytosanitaire original ☐ *) et une inspection supplémentaire ☐ *), l'envoi est estimé conforme à la réglementation phytosanitaire en vigueur dans le pays importateur, et qu'au cours de l'emménagement dans (pays de réexportation) il n'a pas été exposé au risque d'infestation ou d'infection.

*) Mettre une croix dans la case ☐ appropriée.

Traitement de désinfestation et/ou de désinfection

Date Traitement
 Produit chimique (Matière active)
 Durée et température
 Concentration
 Renseignements complémentaires

Déclaration supplémentaire:

Lieu de délivrance Nom du fonctionnaire autorisé
 Date

(Cachet de l'Organisation)

(Signature)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour
 ni pour aucun de ses agents ou représentants.**)

(nom de l'Organisation pour la protection des végétaux)

**) Clause facultative.

Muster eines pflanzensanitären Weiterversendungszeugnisses

Pflanzenschutzdienst Nr.

von:
(Weiterversendeland)

an: Pflanzenschutzdienst(e)

von:
(Bestimmungsland/Bestimmungsländer)**Beschreibung der Sendung**

Name und Adresse des Absenders:

Name und Adresse des Empfängers:

Zahl und Beschreibung der Stücke:

Unterscheidungsmerkmale:

Ursprung:

Vorgesehenes Transportmittel:

Vorgesehener Grenzüberschrittort:

Name des Erzeugnisses und angegebene Menge:

Botanischer Name der Pflanzen:

Hiermit wird bescheinigt, daß die oben beschriebenen Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse aus (Ursprungsland) nach (Weiterversendeland) eingeführt worden sind und daß ihnen das Pflanzengesundheitszeugnis Nr. dessen Original ☐ *) oder beglaubigte Kopie ☐ *) in der Anlage vorliegt, beigelegt war; daß sie in ihrer ursprünglichen Verpackung ☐ *) in einer neuen Verpackung ☐ *) befördert werden; daß auf Grund des ☐ *) ursprünglichen Pflanzengesundheitszeugnisses ☐ *) und einer zusätzlichen Untersuchung ☐ *) die obengenannten Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse als den geltenden Pflanzenschutzvorschriften des Bestimmungslandes entsprechend befunden worden sind und während ihrer Einlagerung in (Weiterversendeland) keiner Gefahr eines Befalls oder einer Infizierung ausgesetzt waren.

*) Zutreffendes jeweils ankreuzen.

Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: Behandlung:

Chemikalie (Wirkstoff):

Dauer und Temperatur:

Konzentration:

Sonstige Angaben:

Zusätzliche Erklärung:

Ort der Ausstellung: Name des amtlichen Beauftragten:

Datum:

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des
oder seiner Organe übernommen.**)

(Name des Pflanzenschutzdienstes)

**) Optionsklausel.

Denkschrift zur neuen Fassung des Übereinkommens

I. Allgemeiner Teil

1. Das Übereinkommen

In der Erkenntnis, daß Maßnahmen eines einzelnen Staates gegen die Vielzahl von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse oft zur Wirkungslosigkeit verurteilt sind, wenn sie nicht durch entsprechende Maßnahmen in Nachbarstaaten unterstützt werden, ist nach Vorarbeiten durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) das Internationale Pflanzenschutzabkommen vom 6. Dezember 1951 abgeschlossen worden, das am 30. April 1952 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden ist. Die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland haben dem Abkommen durch Gesetz vom 6. November 1956 (BGBl. II S. 947) zugestimmt. Am 3. Mai 1957 ist die deutsche Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär der FAO in Rom hinterlegt worden. Mit diesem Tage ist es für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 22. August 1957, BGBl. II S. 1300). Zur Zeit haben 36 Staaten das Pflanzenschutzabkommen ratifiziert; 47 weitere Staaten sind ihm beigetreten.

Im Laufe der Geltungsdauer des Pflanzenschutzabkommens zeigte sich ein Bedürfnis, es wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Weiterentwicklungen anzupassen. Es erschien zweckmäßig, zugleich einige redaktionelle Verbesserungen anzubringen und das Übereinkommen insgesamt neu zu fassen. Einem Vorschlag zur materiellen Änderung und zugleich formellen Neufassung des Pflanzenschutzabkommens hat die 20. Konferenz der FAO in Rom am 28. November 1979 zugestimmt. Die Novelle tritt mit dem dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragsparteien in Kraft. Zur Zeit – Dezember 1983 – sind der Neufassung des Pflanzenschutzabkommens 32 Vertragsparteien beigetreten.

Durch das Pflanzenschutzgesetz vom 10. Mai 1968 (BGBl. I S. 352), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 749), und auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes, insbesondere durch die Pflanzenbeschauverordnung vom 15. März 1982 (BGBl. I S. 329), sind für den Geltungsbereich des Vertragsgesetzes alle von dem Übereinkommen in seiner neuen Fassung angestrebten technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Die Finanzierung der Aufwendungen im Rahmen des Übereinkommens erfolgt, soweit sie nicht die innerstaatliche Durchführung betreffen, wie bisher durch die FAO. Für die innerstaatliche Durchführung werden die Mittel im Rahmen der Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes bereitgestellt.

2. Gründe für die Revision

Das Pflanzenschutzabkommen hat sich grundsätzlich bewährt, indem es Möglichkeiten geschaffen hat, die internationale Zusammenarbeit im Pflanzenschutz aus-

zubauen. Dies trifft insbesondere auch für die Abwicklung der Pflanzenbeschaufragen im Rahmen des Handels mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen zu. Mit der Revision galt es, einige vertragsrechtliche und administrative Bestimmungen des Übereinkommens zu verbessern. Dabei waren einerseits Erfahrungen aus der bisherigen praktischen Arbeit zu berücksichtigen, andererseits war der Fortentwicklung des Rechtes internationaler Organisationen allgemein Rechnung zu tragen.

3. Inhalt der revidierten Akte

Die vorgenommenen Änderungen lassen sich zusammenfassen in solche fachlicher Art sowie solche vertragsrechtlicher, administrativer und redaktioneller Art. Zu den wichtigsten Änderungen der ersten Gruppe gehört die Einbeziehung aller pflanzlichen Erzeugnisse – auch der bearbeiteten –, wenn von ihnen die Gefahr der Verschleppung von Quarantäneschadorganismen ausgehen kann. Dabei beschränken sich die Maßnahmen auf die für den internationalen Verkehr und Handel relevanten Schadorganismen (Artikel II).

Neu eingeführt wird ein Weiterversendungszeugnis für die Wiederausfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen. Werden Änderungen im Pflanzengesundheitszeugnis vorgenommen, die nicht amtlich beglaubigt sind, verliert das Zeugnis seine Gültigkeit. Die Forderungen nach zusätzlichen Erklärungen im Zeugnis müssen auf ein Minimum begrenzt bleiben (Artikel V).

Das Empfängerland kann verlangen, daß zurückgewiesene Waren aus dem Land entfernt werden. Für wissenschaftliche Zwecke können unter Einhaltung strenger Sicherheitsvorkehrungen Sonderregelungen zugelassen werden; dies bezieht sich auch auf die Einfuhr biologischer Bekämpfungsmittel und von Organismen, die als nützlich gelten (Artikel VI).

Die zweite Gruppe berücksichtigt zum einen Klarstellungen des Gewollten wie Definitionen von „Schadorganismus“, „Quarantäneschadorganismus“ (Artikel II) und zum anderen sprachliche Anpassungen an andere internationale Rechtsbestimmungen. Hierhin gehört, daß in der Überschrift der Wortbestandteil „-abkommen“ durch den Wortbestandteil „-übereinkommen“ ersetzt wird. Ferner wird, entsprechend der Gegebenheit, daß vertragschließende Teile grundsätzlich die Staaten selbst und nicht deren Regierungen sind, das Wort „Regierung“ jeweils durch „Vertragspartei“ ersetzt, soweit nicht, wie in Artikel IX, die Regierungen als Organe der Vertragsparteien gemeint sind.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel I

Ziel und Verpflichtungen

Die Bestimmung ist inhaltlich unverändert.

Zu Artikel II

Anwendungsbereich

Wie bisher enthält dieser Artikel Definitionen der wichtigsten in dem Übereinkommen verwendeten Begriffe.

Der Begriff der Pflanzen bleibt inhaltlich unverändert. „Pflanzenerzeugnisse“ (im bisherigen Sprachgebrauch „pflanzliche Erzeugnisse“) sind – außer den nicht verarbeiteten Erzeugnissen – nicht mehr nur die gemahlten Erzeugnisse, sondern alle verarbeiteten Erzeugnisse, von denen ihrer Natur nach oder wegen der Art ihrer Verbreitung eine Gefahr der Verschleppung von Schadorganismen ausgehen kann. Der neu eingefügte Absatz 2 enthält Definitionen der Begriffe „Schadorganismus“ und „Quarantäneschadorganismus“. Sie erlauben es, im Übereinkommen durchgängig das Wortpaar „Krankheiten und Schädlinge“ durch das eine Wort „Schadorganismus“ zu ersetzen. Absatz 3 entspricht inhaltlich dem bisherigen Absatz 2. Es wird jedoch deutlicher herausgestellt, daß die Gegenstände, auf die die Vertragsstaaten erforderlichenfalls die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens ausdehnen können, solche sind, die Schadorganismen beherbergen oder ausbreiten können. Absatz 4 entspricht bei sprachlicher Überarbeitung dem bisherigen Absatz 3, und Absatz 5 stellt ausdrücklich fest, daß die Vertragsparteien bei ihrer nationalen Gesetzgebung nicht an die Begriffsbestimmungen des Übereinkommens gebunden sind.

Zu Artikel III

Ergänzungsübereinkommen

Die Bestimmungen weisen nur redaktionelle Änderungen auf.

Zu Artikel IV

Organisation des Pflanzenschutzes in den einzelnen Staaten

In Absatz 1 Buchstabe a sind die Nummern i und ii nur redaktionell geändert; die Nummer iii hat einen Klammerzusatz erhalten, der auch das Verpackungsmaterial von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen in die Untersuchungspflicht miteinbezieht, soweit mit diesem Schadorganismen verbreitet werden können. Die Nummer iv sowie Buchstaben b und c sind, ebenso wie Absatz 2, inhaltlich nicht geändert worden.

Zu Artikel V

Pflanzengesundheitszeugnisse

Absatz 1 Buchstabe b verweist auf die Anlage zu dem Übereinkommen, die Muster des neugefaßten Pflanzengesundheitszeugnisses und des neu geschaffenen Weiterversendungszeugnisses enthält. Beide Zeugnisse haben sich bereits in die Pflanzenbeschau eingeführt. Sie entsprechen dem Anhang VIII der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. EG 1977 Nr. L 26 S. 20) (sog. Pflanzenbeschaurorichtlinie) und dementsprechend den Anlagen 6 und 7 der Pflanzenbeschauverordnung. Absatz 1 Buchstabe c enthält statt des bisherigen Verbots von Änderungen und Streichungen die präzise und teilweise schärfere Regelung, daß unbeglaubigte Änderungen in Pflanzengesundheitszeugnissen diese ungültig machen. Absatz 2 verpflichtet zusätzlich zu dem bisherigen Inhalt die Vertragsparteien, die Forderungen nach Zusatz-erklärungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Zu Artikel VI

Einfuhrbestimmungen

Absatz 1 Buchstaben a bis c ist inhaltlich und weitgehend wörtlich unverändert. Nach Absatz 1 Buchstabe d

sind die Staaten befugt, bei Nichteinhaltung der Pflanzenbeschaubestimmungen Sendungen auch aus dem Land entfernen zu lassen. Neu eingefügt ist die Bestimmung in Absatz 1 Buchstabe e, die die Vertragsparteien verpflichtet, verbotene oder beschränkt zugelassene Schadorganismen in geeigneter Form zu veröffentlichen.

In Absatz 2 Buchstaben b, c und d wird neu bestimmt, daß neben der FAO nur noch die betroffenen Vertragsparteien sowie gegebenenfalls deren regionale Pflanzenschutzorganisationen zu informieren sind. Eine solche regionale Pflanzenschutzorganisation, der die Bundesrepublik Deutschland angehört, ist die Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum (EPPO), deren Errichtungsübereinkommen im Bundesgesetzblatt 1956 II S. 581 bekanntgemacht und seither mehrfach geändert worden ist. In Absatz 2 Buchstabe e wird bestimmt, daß bei Zurückweisung kommerzieller oder mit Zeugnissen versehener Sendungen wegen Nichteinhaltung bestimmter nationaler Pflanzenbeschaubestimmungen dem Ausfuhrland ein amtlicher Bericht übermittelt werden muß.

Absatz 2 Buchstabe f enthält keine inhaltlichen Änderungen. In Absatz 2 Buchstabe g ist neu aufgenommen worden, daß auch bei der Einfuhr biologischer Pflanzenschutzmittel und als nützlich geltender Organismen die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen. Absatz 3 ist inhaltlich unverändert. Absatz 4 ist neu und regelt die Verpflichtung der FAO, allen Vertragsparteien vorliegende Informationen zu übermitteln.

Zu Artikel VII

Internationale Zusammenarbeit

In Buchstabe a wird die FAO verpflichtet, bestimmte von den Vertragsparteien eingehende Informationen zu veröffentlichen. Die übrigen Bestimmungen sind praktisch unverändert.

Zu Artikel VIII

Regionale Pflanzenschutzorganisationen

In Absatz 2 des sonst unveränderten Artikels ist gleichfalls die Verpflichtung zur Veröffentlichung vorliegender Informationen, und zwar durch die zuständigen regionalen Pflanzenschutzorganisationen, aufgenommen worden.

Zu den Artikeln IX bis XV

Die vertragstechnischen Artikel

- IX Beilegung von Streitigkeiten
- X Ersetzung früherer Übereinkünfte
- XI Räumlicher Geltungsbereich
- XII Ratifikation und Beitritt
- XIII Änderung
- XIV Inkrafttreten
- XV Kündigung

sind inhaltlich und – bis auf die durchgängig dem neuen Sprachgebrauch angepaßte Verwendung der Begriffe „Vertragspartei“ und „Staat“ – wörtlich unverändert geblieben.

Anlage 2**Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß sich das Internationale Pflanzenschutzübereinkommen im Grundsatz bewährt hat. Die Vertragsstaaten haben jedoch auch solche Schadorganismen Einfuhrregelungen unterworfen, die die pflanzliche Produktion und die Lagerhaltung in ihrem Gebiet nicht ernsthaft gefährden können. Diese Regelungen behindern den Warenverkehr und führen in den Vertragsstaaten zu einem nicht gerechtfertigten Verwaltungsaufwand. Das neugefaßte Übereinkommen enthält keine Regelungen, die geeignet wären, diese Fehlentwicklung abzubauen.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, bei der Fortentwicklung des Übereinkommens und bei den Beratungen in der European and Mediterranean Plant Protection Organisation (EPPO) verstärkt darauf hinzuwirken, daß die Einfuhrvorschriften für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse mehr als bisher liberalisiert werden.

Der Bundesrat nimmt die Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes zu der in Rom am 28. November 1979 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens zum Anlaß, erneut nachdrücklich auf die Schwierigkeiten bei der Pflanzenbeschau im

innergemeinschaftlichen Warenverkehr hinzuweisen. Die Pflanzenbeschau im innergemeinschaftlichen Warenverkehr auf der Grundlage der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten erfordert einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand, der in keinem angemessenen Verhältnis zum Schutzbedürfnis steht. Der Warenverkehr in der Gemeinschaft wird dadurch erheblich behindert.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die Bemühungen um eine Vereinfachung der EG-Pflanzenbeschau-Richtlinie verstärkt fortzusetzen und bis Ende des Jahres 1984 über das Ergebnis bzw. den Stand der Verhandlungen zu berichten.

Der Bundesrat hat zudem auf die vorstehend angesprochenen Probleme wiederholt aufmerksam gemacht und eine wesentliche Vereinfachung gefordert. Er verweist dazu auf seine Entschlüsse vom 19. Dezember 1980 (BR-Drucksache 578/80 – Beschluß) und vom 5. März 1982 (BR-Drucksache 77/82 – Beschluß).

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat die Vorlage des Gesetzentwurfs zum Anlaß genommen, auf eine stärkere Liberalisierung der Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie damit verbunden, auf eine Vereinfachung der sogenannten Pflanzenbeschaurichtlinie (Richtlinie 77/93/EWG vom 21. Dezember 1976 – ABl. EG 1977 Nr. L 26 S. 20 –, zuletzt geändert durch Richtlinie vom 1. Januar 1981 – ABl. EG Nr. L 15 S. 23) hinzuwirken.

Die Bundesregierung wird diesem Wunsch entsprechen und bei den Beratungen über Fragen der Pflanzenbeschau in der EWG und in der Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum (EPPO) mit Nachdruck darauf hinwirken, daß bei den erforderlichen Maßnahmen sowohl Belastungen für die zuständigen Behörden als auch Behinderungen des innergemein-

schaftlichen Handels soweit wie möglich vermieden werden. Im Rahmen ihrer europapolitischen Initiativen, auch in Verfolgung ihrer Politik der Stärkung des europäischen Binnenmarktes, wird die Bundesregierung insbesondere auf Gemeinschaftsebene, aber auch auf bilateralen Ebene, alle Maßnahmen unterstützen, die zu einem Abbau der Grenzkontrollen beitragen. Die Bundesregierung wird sich daher bei der bevorstehenden Änderung der Pflanzenbeschaurichtlinie für eine weitere Vereinfachung und Reduzierung der bisher zulässigen Stichprobenkontrollen einsetzen.

Die Bundesregierung wird der Bitte des Bundesrates, ihm bis Ende des Jahres 1984 über das Ergebnis und den Stand der Verhandlungen zu berichten, entsprechen.